

Feminism in politics – politics in feminism

Bettina Dennerlein, Katrin Meyer, Helena Rust

Die Politisierung sozialer Verhältnisse ist ein zentrales Anliegen von Feminismen seit ihren Anfängen in verschiedenen Teilen der Welt. Politisierung zielt auf die Analyse und Kritik von geschlechtlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen als historisch bedingt mit dem Ziel, in diese Verhältnisse zu intervenieren und Ungerechtigkeiten abzubauen. Dabei zeigt sich in der Geschichte feministischer Theorie und Praxis eine große Bandbreite an Formen der Politisierung. Sie umfassen nicht nur die organisierten Kampagnen von Vereinen und Gruppen im Kampf für soziale und politische Rechte von Frauen im 19. und 20. Jahrhundert, sondern auch die im Schwarzen und dekolonialen Feminismus entwickelte Kritik an intersektionalen und postkolonialen Machtverhältnissen in Gesellschaft und Wissenschaft, die marxistisch-materialistischen Analysen zur sozialen Reproduktion der Geschlechterverhältnisse im Spätkapitalismus oder die Dekonstruktion cisgeschlechtlicher und heterosexueller Normen im Kontext von Queer und Trans Studies. Was diese unterschiedlichen Formen feministischer Theorie und Praxis verbindet, ist das Interesse daran, strukturelle Dimensionen von Geschlecht und Sexualität als Herrschafts- und Gewaltformationen zu erkennen, zu benennen und mit Blick auf soziale Gerechtigkeit zu verändern.

Im Vergleich dazu beobachten wir jedoch derzeit, dass feministische Anliegen in unterschiedlichen Kontexten in je spezifischer Weise vermehrt depolitisiert werden. Dies erfolgt einerseits aufgrund von Tendenzen innerhalb von Feminismen, insbesondere durch ein Wiederaufleben essenzialistischer und biologistischer Geschlechtervorstellungen, die das Feld des Politischen in Bezug auf Geschlechterverhältnisse radikal einschränken, wie auch durch die neoliberale Individualisierung von Verantwortung sowie die Entkopplung geschlechtlicher Handlungsformen von ihren konkreten politischen Voraussetzungen und Wirkungsweisen. Zugleich gibt es Versuche, feministischen Bewegungen von außen ihr politisches Potenzial abzusprechen und ihre Anliegen u. a. durch Rekurs auf Religion und Kultur oder individuelle Präferenz zu relativieren oder zu privatisieren oder durch kapitalistische und staatliche Aneignung effizienz- und nutzenorientiert auszulegen.

Vor diesem Hintergrund rückt der Heftschwerpunkt *Feminism in politics – politics in feminism* die „Politizität“ von Feminismen ins Zentrum. Mit dem Konzept der Politizität verweisen wir auf jene im weitesten Sinn politische Dimension feministischer Artikulationen, die in kritischer und widerständiger Absicht Geschlechterordnungen als Teil umfassender gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse analysieren und reflektieren, in hegemoniale Diskursfelder und Machtkonstellationen intervenieren und diese mit Blick auf Gleichheit, Demokratie und Gerechtigkeit transformieren wollen.

Mit den hier versammelten Beiträgen möchten wir diese politische Dimension von Feminismen in unterschiedlichsten Formationen, Aktivitäten, Diskursen und Praktiken sichtbar machen und auf ihr solidarisches und widerständiges Potenzial hin befragen. Die Beiträge zeigen auf, welche unterschiedlichen Ausprägungen feministischer Politik und Konzeptionen des Politischen sich beobachten lassen und welche nichtakademischen Formen von feministischer Analyse und Kritik möglich sind. Sie



machen deutlich, dass sich feministische Politik auch jenseits von Programmen, Parteien und Bewegungen fassen lässt und dass damit das Politische neu konfiguriert werden kann.

Aus der Perspektive eines dekolonialen karibischen Feminismus untersucht *Fabienne Jannas* nichtinstitutionelle Alltagspraktiken als zentralen Ort feministischer Politik in Martinique und rückt dabei die Plantagengeschichte sowie die Spezifik postkolonialer Verhältnisse ins Zentrum. Sie führt den Begriff der Kolonialität des Landes (*coloniality of the land*) ein, um zu zeigen, wie patriarchale und koloniale Strukturen gemeinsam den Zugang zu Land regeln und epistemische Hierarchien etablieren. Indem sie betont, dass die Kontrolle über die Körper von Frauen und die Kontrolle über das von ihnen bewohnte Land untrennbar miteinander verbunden sind, begreift Jannas die agrarökologischen Praktiken von Bäuerinnen – die Ablehnung von Pestiziden, die Wiedereinführung von Saatgut, die Weitergabe medizinischen Wissens – als zugleich agronomische, gesundheitsbezogene und politische Antworten. Die Autorin gibt kritisch zu bedenken, dass die symbolische Anerkennung von Bäuerinnen durch internationale Organisationen oder durch den Staat eher neutralisierend als emanzipatorisch wirkt, solange die Verteilung von Landbesitz unangetastet bleibt. Der Artikel unterstreicht somit sowohl das Potenzial als auch die Grenzen alltäglicher feministischer Praktiken als Politisierung von unten unter den Bedingungen struktureller Kolonialität und institutioneller Politik.

Melanie Heiland untersucht lateinamerikanische Erinnerungsliteratur als Ausdruck von feministischem Widerstand. Literarische Texte ausgewählter Autorinnen werden nicht nur als ästhetische Zeugnisse gewürdigt, sondern als narrative Gegenentwürfe analysiert, die in patriarchale Politiken des Vergessens intervenieren. So werden verschwiegene Aspekte der argentinischen Diktatur – reproduktive Gewalt, Kindesentführungen, der Kampf der *Madres de la Plaza de Mayo* – ins Nationalgedächtnis eingeschrieben (Elsa Osorio) oder die nationalistische Stilisierung der Mirabal-Schwestern in der Dominikanischen Republik dekonstruiert (Julia Álvarez). Heiland verbindet Bewegungsgeschichte, Gedächtnistheorie und Textanalyse, um Literatur als Schauplatz erinnerungspolitischer Kämpfe zu analysieren – wirksam vor allem durch diskursive Verschiebung, Sichtbarmachung und transnationale Zirkulation von Erinnerung. Sie argumentiert auf dieser Grundlage, dass feministisches Schreiben und feministischer Kampf keine getrennten Sphären bilden, sondern strukturell ineinandergreifen.

Anhand eines *close reading* von politischen Aktionen von Frauen während der belarussischen Protestbewegung von 2020 betont *Volha Davydzik* die transformative Dimension von Mikropraktiken der Solidarität in feministischer Politik. Indem sie Fürsorge (*care*), Relationalität, alltägliche Formen des Überlebens sowie scheinbar präpolitische Aktionen und künstlerische Interventionen ins Zentrum rückt, unterstreicht sie den subversiven Charakter der von Frauen angeführten Proteste. Diese manifestieren sich in Feldern und Praktiken, die sich partiell autoritärer Kontrolle entziehen – z. B. in solidarischen Menschenketten auf der Straße oder der Pflege von Schwesternschaft (*sisterhood*) im Gefängnis. Entscheidend ist ihr Argument, dass diese Praktiken dauerhaft bzw., in ihren Worten, infrastrukturell sind: Sie überdauern Räume der Repression und erhalten politische Subjektivität dort aufrecht, wo das Regime sie zu zerstören versucht. Davydzik zufolge entsteht dadurch ein radikal anderer politischer Horizont,

in dem Kämpfe gegen Autoritarismus untrennbar mit Praktiken der Fürsorge und der Formierung neuer kollektiver Subjekte verbunden sind.

In ihrem Beitrag zeigt *Alba María Kugelmeier López*, dass die Rhetorik der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in ihrer zweiten Amtszeit Gender systematisch entpolitisiert. Intersektionalität, Gender Mainstreaming und *disability* fehlen in dem analysierten Material, während Begriffe wie Diskriminierung in einer marktförmigen Logik umcodiert werden. Obwohl Gender in medienwirksamen Reden erwähnt wird, fehlt es an Hinweisen auf konkrete Maßnahmen zur Implementierung. Der Artikel analysiert, wie Gender im Kontext eines technokratischen institutionellen Rahmens und angesichts sich wandelnder geopolitischer Bedingungen sowie politischer Prioritäten rekonfiguriert, wenn nicht gar marginalisiert wird. Der zentrale Beitrag zum Gesamthema des Themenhefts liegt hier in der Diagnose von Entpolitisierung als einem kontextbezogenen Prozess. Dass Konzepte, die auf strukturelle Ungleichheit hinweisen, in der zweiten Amtszeit von der Leyens weggelassen, wird als Ausdruck politischer Entscheidungen interpretiert.

In ihrer Analyse der Schweizer Frauenstimmrechtsbewegung des 20. Jahrhunderts rekonstruiert *Katrin Meyer* die institutionellen Voraussetzungen, unter denen Akteur_innen in liberalen Demokratien ihren Anspruch auf politische Teilhabe einfordern, und argumentiert, dass in diesen Kämpfen eine Politisierung von Demokratie erkennbar wird, die sich in Aporien artikuliert. Die Aporien verweisen auf das demokratietheoretische Spannungsverhältnis von Verfassung und Volkssouveränität, womit die Legitimität demokratischer Ansprüche in teils widersprüchlicher Weise begründet wird. Indem sie die Aporien in den Frauenstimmrechtskämpfen ausweist und analysiert, trägt Meyer zu einem komplexeren Verständnis feministischer Politisierung bei, die als Infragestellung institutionalisierter Macht deren Uneindeutigkeit zu nutzen sucht.

Die eingesandten Beiträge machen die Vielfalt feministischer Ansätze und Arbeitsfelder deutlich und zeigen, wie unterschiedliche Kontexte die politischen Ermöglichungsbedingungen und Begrenzungen feministischer Praktiken und Artikulationen strukturieren. Sie regen dazu an, aus feministischer Perspektive das Politikverständnis offen zu halten und damit die weiterführende Frage zur Diskussion zu stellen, welche spezifischen Konflikte, Koalitionen und Allianzen auch in transnationaler Perspektive möglich wären.

Offener Teil

Der Offene Teil der Ausgabe wird eingeleitet durch einen Beitrag von *Tina Leber* über die Analysekategorie Geschlecht in Bezug auf das Erleben von Bedrohungen im Engagement *gegen Rechts*. Die Relevanz der Kategorie wird sowohl hinsichtlich der Inhalte von Bedrohungen als auch bezüglich der Wahrnehmung, der Einordnung und der Bearbeitung von Angriffen diskutiert. Hierzu werden auf der Basis von 20 qualitativen Interviews und über 500 quantitativen Fragebögen mit Personen aus dem Feld der Demokratiewerk *gegen Rechts* vergeschlechtlichte Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Herausforderungen von Bedrohungserleben analysiert.

Gerda Breuer thematisiert im zweiten Aufsatz die doppelte wissenschaftliche Unsichtbarkeit von Kunstgewerblerinnen vor der Weimarer Republik, insbesondere in der Gründerzeit (1871–1914). Vor dem Hintergrund herrschender gesetzlicher sowie kultureller Restriktionen wurden diese Frauen trotz Selbstermächtigungen wie Frauennetzwerke und einer Arbeitspraxis für den Markt gesellschaftlich und auch innerhalb der historischen Frauenbewegung nicht wahrgenommen. Die Autorin zeigt auf, wie der Ausschluss von Kunstgewerblerinnen aus dem kollektiven Gedächtnis bis heute zu einer defizitären Quellenlage und einer nach wie vor bestehenden Behinderung der Forschung in der feministischen Historiografie und der Disziplin Designgeschichte führt.

Im dritten Beitrag befasst sich *Sabine Grenz* mit der Präsenz säkularistischer Diskurse in der qualitativ-empirischen Forschung, wobei die Binarität von Säkularität und Religiosität im Kontext kritischer Säkularitätsforschung hinterfragt wird. Am Beispiel von drei (feministischen) Teilnehmerinnen eines Projekts zu Erfahrungen während der Covid-19-Pandemie werden drei Diskursstränge herausgearbeitet: die Psychopathologisierung nichtnormativer religiöser Erfahrungen, die vermeintliche Rückwärtsgerichtetheit alles Religiösen in Bezug auf Geschlecht und Sexualität sowie die kolonialistisch entwickelte Konstruktion eines rückwärtsgerichteten Islam. Sie verdeutlichen, dass der Umgang mit Machtbeziehungen in qualitativer Forschung eine zentrale Herausforderung bleibt.

Abgeschlossen wird der Offene Teil durch einen Aufsatz von *Lisa Krall* über neu-materialistisch informierte Mutterschaftsforschung. Die Autorin argumentiert dafür, Mutterschaft in ihrer Unterschiedlichkeit und Relationalität stärker zu betrachten und hierfür die Vielstimmigkeiten, Mehrstimmigkeiten und Unstimmigkeiten von Mutterschaft zu fokussieren. Gleichzeitig wird diskutiert, dass insbesondere feministisch-neu-materialistische Methoden nicht unumstritten sind, weshalb kritische Einwände aus den Black Studies von hoher Relevanz sind.

Die Ausgabe wird durch Besprechungen von vier aktuellen Publikationen aus dem Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung abgerundet.

Die Zeitschrift GENDER bedankt sich bei allen Gutachter_innen, die diese Ausgabe durch ihre Expertise unterstützt haben. Zudem gilt unser Dank den Konsortialpartner_innen des SocioHub-Zeitschriftenbündels, die den Open Access der Zeitschrift ermöglichen.